

# **BStGer BK\_H 178/04 vom 9. November 2004**

Bundesstrafgericht, 2004-11-09, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bstger\\_BK\\_H 178\\_04](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bstger_BK_H 178_04)

FR: TPF BK\_H 178/04 du 9 novembre 2004

IT: TPF BK\_H 178/04 del 9 novembre 2004

## **Regeste**

Beschwerde gegen Ablehnung eines Haftentlassungsgesuches (Art. 52 BStP)

## **Erwägungen**

### **E. 1**

Gegen die Abweisung eines Haftentlassungsgesuchs durch den Untersuchungsrichter oder Bundesanwalt kann gemäss Art. 52 Abs. 2 BStP bei der Beschwerdekammer Beschwerde geführt werden. Die Beschwerde ist gemäss Art. 217 BStP innert fünf Tagen nach Kenntnisnahme der ablehnenden Verfügung einzureichen. Der ablehnende Entscheid der Vorinstanz wurde dem Verteidiger des Beschwerdeführers am 21. Oktober 2004 rechtsgültig zugestellt. Mit der Eingabe vom 25. Oktober 2004 (Eingang: 26. Oktober 2004) ist die Beschwerdefrist damit gewahrt. Der Beschwerdeführer als Inhaftierter ist beschwerdelegitimiert. Auf die Beschwerde ist einzutreten.

### **E. 2**

Untersuchungshaft setzt gemäss Art. 44 BStP voraus, dass gegen den Beschuldigten ein dringender Tatverdacht wegen eines Verbrechens oder Vergehens besteht, und zusätzlich einer der besonderen Haftgründe der Kollusions- oder der Fluchtgefahr gegeben ist. Sodann muss die Untersuchungshaft dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit entsprechen.

### **E. 3**

Ein dringender Tatverdacht gegen den Beschwerdeführer wegen eines Verbrechens besteht nach wie vor. Auch ist noch immer Fluchtgefahr gegeben. Es wird diesbezüglich integral auf den Entscheid der Beschwerdekammer des Bundesstrafgerichts vom 16. August 2004 (E. 3 und 4.1) verwiesen.

### **E. 4**

Die Beschwerdegegnerin geht sodann in Bezug auf weite Teile der gegen den Beschwerdeführer untersuchten Tatvorwürfe von einer fortbestehenden Kollusionsgefahr aus. Sie führt dazu allgemein aus, dass Kollusionsgefahr daraus entstehen könne, dass Aussagen der beschuldigten Person in wichtigen Punkten von denjenigen von Gewährspersonen oder Mitangeschuldigten abweichen würden. Die Kollusionsgefahr sei in der Regel besonders ausgeprägt bei Straftatbeständen, die aus einer Gruppe

- 4 -

mehr oder weniger gleichgesinnter Personen heraus begangen werde. Im Bereich des organisierten Drogenhandels dürfe dies ohne weiteres der Fall sein. Vorliegend würden zwischen den Aussagen des Beschwerdeführers und denjenigen der Mitbeschuldigten B.\_\_\_\_\_ und C.\_\_\_\_\_ erhebliche Differenzen bestehen, die trotz verschiedener Vorhalte

in den bisherigen Befragungen und trotz Konfrontation nicht hätten ausgeräumt werden können (BK act. 4 S. 3 ff.). Die Vorinstanz erachtet die Kollusionsgefahr ebenfalls für noch gegeben, weil die Ermittlungsergebnisse betreffend den Organisator D.\_\_\_\_\_ noch nicht vorliegen würden (BK act. 3 S. 2). Nach Ansicht des Beschwerdeführers ist Kollusionsgefahr nicht mehr gegeben (BK act. 1 S. 8, act. 5).

Die Rechtsauffassung der Beschwerdegegnerin gründet auf einer zu extensiven Auslegung der Kollusionsgefahr und führt im Ergebnis dazu, dass bei divergierenden Aussagen eine Kollusionsgefahr bis in die Hauptverhandlung hinein angenommen werden müsste. Dies ist aber nur in ausserordentlichen Konstellationen – etwa in einem hoch organisierten kriminellen Milieu – anzunehmen, einer Konstellation, die hier klarerweise nicht gegeben ist (vgl. Keller, Untersuchungshaft im Kanton St. Gallen – vom alten zum neuen Strafprozessgesetz, in AJP 2000, S. 938). Vorliegend besteht Kollusionsgefahr nicht mehr bezüglich des Hauptvorwurfs (Import von 10 kg Heroin) und der vorhergehenden Fahrt aus dem Kosovo nach Deutschland, da die Beteiligten mehrfach einzeln und in Konfrontation befragt wurden. Ungeklärt ist scheinbar aber nach wie vor, was die Ermittlungen bezüglich des Drogenpakets in Deutschland ergeben haben; allerdings ergibt sich aus der Stellungnahme der Vorinstanz nichts dazu. Immerhin hätte erwartet werden können, dass diese Frage zügig geklärt wird. Versäumt die Behörde dies innert vernünftiger Frist, kann sie sich zur Aufrechterhaltung der Haft nicht mehr auf Kollusionsgefahr berufen.

#### **E. 5**

Der Beschwerdeführer befindet sich zur Zeit seit etwas mehr als sieben Monaten in Untersuchungshaft. Die Untersuchung ist grundsätzlich beförderlich vorangetrieben worden. Aus dem Beschleunigungsgebot kann er daher nichts zu seinen Gunsten ableiten. Entgegen der Ansicht des Verteidigers muss der Beschwerdeführer im Falle einer Verurteilung wegen der Einfuhr von 10 kg Heroin in die Schweiz – eine zusätzliche Verurteilung wegen der Einfuhr der Drogen nach Deutschland wird dies zusätzlich geringfügig nach oben korrigieren – im Regelfall mit einer mehrjährigen, unbedingten Zuchthausstrafe rechnen.

- 5 -

#### **E. 6**

Der Beschwerdeführer beantragt eventualiter Entlassung aus der Untersuchungshaft gegen Kautions und ersucht die Beschwerdekammer, diese festzusetzen, was rechtlich gesehen ohne weiteres möglich wäre. Eine Beschwerde wäre dann insofern zu schützen und – im Sinne einer mildereren Massnahme – eine Entlassung gegen Kautions direkt anzuordnen. Dies ist hier indessen nicht möglich, da die finanziellen Verhältnisse vor allem der Eltern des Beschwerdeführers nicht geklärt sind. Diese aber sind wesentlich massgeblich für die Bestimmung des Betrags, soll dieser doch so hoch angesetzt werden, dass damit zu rechnen ist, der Beschwerdeführer werde sich sicher dem Verfahren stellen, um so nicht den Verlust der Kautions zu riskieren.

Die Frage der Opportunität einer Entlassung gegen Kautions braucht hier nicht entschieden zu werden. Es ist Sache der Untersuchungsrichterin, das Notwendige zur Bestimmung der finanziellen Verhältnisse abzuklären. Dabei trägt allerdings auch die Verteidigung eine gewisse „Bringschuld“ insofern, als es ihr ein Leichtes sein sollte, diese Faktoren zu belegen.

Die Beschwerde ist demnach abzuweisen.

#### **E. 7**

Bei diesem Ausgang des Verfahrens hat der Beschwerdeführer die Kosten desselben zu tragen. Die Gebühr wird auf Fr. 800.-- festgesetzt (Art. 3 des Reglements über die Gerichtsgebühren vor dem Bundesstrafgericht; SR 173.711.32). Die Entschädigung an den amtlichen Verteidiger wird nach Ermessen festgesetzt, da dieser keine Kostennote eingereicht hat (Art. 3 Abs. 3 des Reglements über die Entschädigungen in Verfahren vor dem Bundesstrafgericht; SR 173.711.31). Vorliegend erscheint eine pauschale Entschädigung (inkl. MwSt) von Fr. 1'200.-- angemessen. Der amtliche Verteidiger hat diesen Betrag im Rahmen seiner definitiven Kostennote (bei Einstellung oder im Gerichtsverfahren) geltend zu machen.

- 6 -

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.